

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Erika Romberg (GRÜNE/GAL)

Betr.: Atomtransporte (II)

In der vergangenen Woche lagerten knapp 100 Tonnen Atombrennstoff auf dem Gelände der HHLA im Hamburger Freihafen. In der Öffentlichkeit blieb der Eindruck, daß der Senat weder wisse, ob er für diese radioaktiven Stoffe hinsichtlich Arbeitsschutz oder Umweltschutz zuständig sei, noch welche radioaktiven Stoffe mit welchem Anreicherungsgrad im Hafen zwischenlagerten.

Es besteht Unsicherheit, ob die Fracht Uranerzkonzentrat sei, ein Vorprodukt zu Uranhexafluorid, das in Südfrankreich hergestellt wird, oder ob es sich um Urandioxid handelte, das in den USA für die Brennelementfabrik in Lingen hergestellt wird.

Schließlich soll die Fracht, die angeblich aus Südafrika kam, zum Zwischenlager der Transnuklear nach Leese in Niedersachsen durch die Spedition Monnard transportiert worden sein.

Nach Äußerungen des Senats in der Presse handelte es sich bei diesem Vorgang um einen ganz alltäglichen.

Ich frage den Senat:

1. Worin liegen nach Ansicht des Senats die entscheidenden Unterschiede zwischen Uranerzkonzentrat und Urandioxid, insbesondere bei den Anforderungen an ihre Verpackung, Lagerung und Handhabung?
2. Woher kam die Fracht, die bei der HHLA lagerte?
3. Durch welche Firma wurde die Fracht zur HHLA transportiert?
4. Wann und wie ist festgestellt worden, ob die Deklaration des Frachthalts mit dem tatsächlichen Inhalt der Fässer übereinstimmte? Mit welchen Ergebnissen?
5. Wie lange lagerte die atomare Fracht bei der HHLA?
6. Wie wurde sie auf dem Gelände der HHLA durch Zugriff und Beeinträchtigung von außen abgesichert?
7. Welche Maßnahmen des Strahlenschutzes wurden von den Mitarbeitern der HHLA beim Umgang mit dieser Fracht angewendet?
8. Wer hat diese Fracht bestellt?
9. Wohin sollte diese Fracht ursprünglich transportiert werden?
10. Für welches Unternehmen hat die Spedition Monnard die Fracht nach Leese transportiert?
11. Wußte die Spedition Monnard, welchen Inhalts diese Fracht gewesen ist?
12. Welche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten hat der Senat konkret für Atomtransporte durch den Hamburger Hafen?
13. Mit welchen einzelnen Maßnahmen kommt er seiner Verantwortlichkeit für die alltäglichen Atomtransporte durch den Hamburger Hafen nach?
14. Welche Vereinbarungen über die Abwicklung von radioaktiven Transporten durch Hamburg hat der Senat mit welchen Organisationen/Institutionen wann getroffen?

02. 02. 88

Antwort des Senats

Im Vorspann der Anfrage werden Behauptungen aufgestellt und Äußerungen wiedergegeben, die nicht den Tatsachen entsprechen. So ist es falsch, daß

- auf dem Gelände der HHLA Atombrennstoffe gelagert hätten,
- im Hamburger Hafen radioaktive Stoffe unbekannter Konzentration zwischengelagert würden,
- Unsicherheit über die Fracht und ihr Ursprungsland beständen,
- eine näherbestimmte Spedition die Fracht nach Niedersachsen befördert habe.

Richtig ist dagegen, daß sechs Container Urankonzentrat U_3O_8 mit einem Gesamtgewicht von rund 95,5 t am 5. Januar 1988 am Burchardkai gelöscht und dort bis zum 22. Januar 1988 bereitgestellt worden sind. Der Weitertransport erfolgte am 22. Januar 1988 durch die Deutsche Bundesbahn.

Messungen der zuständigen Behörde haben ergeben, daß sich die radioaktive Dosisleistung des Erzkonzentrats im Bereich der Schwachstrahlung bewegt.

Die Kennzeichnung der Ladung war rechtlich einwandfrei. Dies gilt auch für die Art der Lagerung. Aus der Sicht des Arbeitnehmerschutzes hat nach dem heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand zu keiner Zeit eine Gefahr für Arbeitnehmer bestanden.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

Zu 1. bis 11.:

Siehe Vorbemerkung.

Zu 12. und 13.:

Der Senat überwacht, ob bei der Beförderung radioaktiver Güter die Bestimmungen des Genehmigungsbescheids und die verkehrsrechtlichen Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter eingehalten werden. Entsprechen Fahrzeug oder Ladung nicht den Vorschriften über die Beförderungssicherheit oder dem Inhalt der Beförderungsgenehmigung, haben die zuständigen Überwachungsbehörden die Möglichkeit, alle zur Herstellung der Transportsicherheit erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Kontrollen radioaktiver Transporte durch die Wasserschutzpolizei erstrecken sich im Hamburger Hafen auf die Überprüfung der Verpackung, Kennzeichnung usw. anhand der vorliegenden Beförderungspapiere und Genehmigungen. Daneben erfolgen stichprobenweise Messungen der Außenstrahlung durch die jeweils zuständigen Behörden.

Zu 14.:

Vereinbarungen im Sinne der Fragenstellung sind dem Senat nicht bekannt.